

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch den Postweg 1,00 M. für die Woche, 4,10 M. für den Monat, 12,00 M. für den Vierteljahr, 40,00 M. für den halben Jahr, 75,00 M. für den ganzen Jahr. Bestellschreiben an: Verlag der Arbeiter-Zeitung, Postfach 100, Berlin, S. O. 10, S. O. 10, S. O. 10.

Dienstag, den 2. August 1921

Abdruckrecht: Die Schlesische Arbeiter-Zeitung überträgt alle Rechte an die Redaktion. Die Redaktion überträgt alle Rechte an die Schlesische Arbeiter-Zeitung. Die Schlesische Arbeiter-Zeitung überträgt alle Rechte an die Redaktion. Die Redaktion überträgt alle Rechte an die Schlesische Arbeiter-Zeitung.

## „Nie wieder Krieg!“

IV.

### Kapitalistische und proletarische Wiederaufbaupolitik.

Als der Weltkrieg liquidiert werden sollte, prägte die französische Bourgeoisie die Worte der „Wiedergutmachung“ und des „Wiederaufbaus“. Der deutsche Militarismus, nach der französischen Kriegslegende der eigentliche und alleinige Urheber des Krieges, sollte die in Frankreich und Belgien verursachten Schäden wieder gutmachen und die zerstörten Gebiete wieder aufbauen. Diese Stichworte fanden sehr bald ein Echo auch bei den weiterblickenden Teilen der deutschen Bourgeoisie. Sie erkannten, daß der Zwang, der für die französische Bourgeoisie besteht, sich deutsche Produkte ohne Bezahlung anzueignen, um den kleinbäuerlichen Massen Frankreichs die Steuerlasten zu erleichtern, für die deutsche Bourgeoisie zum Hebel der Wiedererlangung der durch den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang verlorenen Profitmöglichkeiten werden kann. Aber die Stichworte der Wiedergutmachung und des Wiederaufbaus fanden auch Widerhall bei den arbeitenden Massen. Die französischen Arbeiter und Kleinbauern, durch die Leiden des Krieges und die Enttäuschungen des Kriegsausgangs erbittert, verlangen in ihrer ungeheuren Mehrzahl die Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau der französischen Wirtschaft. Die deutschen Arbeiter, durch die Leiden und Enttäuschungen des Krieges nicht minder erbittert, wollen den Frieden und damit die Erfüllung des Friedensvertrages, wenn er ihnen nur eine karge Lebensmöglichkeit läßt. Aber sie wollen den Wiederaufbau noch aus einer tieferen Ursache: aus dem ureigensten Instinkt ihrer Klasse heraus, der heute einig wahrhaft fortschrittlichen, wahrhaft schöpferischen Klasse. Die Arbeiter wissen und fühlen, daß sie allein zum Wiederaufbau der durch die imperialistische Krise zerstörten, aus den Ruinen gegangenen Welt befähigt sind. Die Existenz der russischen Räterepublik, die revolutionäre Erschütterung Mitteleuropas, haben ihnen die Ausrichtung des Sozialismus in greifbare Nähe gerückt. Sie sehen, daß das kapitalistische System ihnen stets weitere Verelendung und neue außenpolitische Verwicklungen beschert. Sehen die französischen und die deutsche Bourgeoisie, jede auf ihre Weise, im Wiederaufbau ein Mittel zur Befestigung ihrer ökonomischen und damit politischen Macht, so sieht die internationale Arbeiterklasse in ihm ein Stück Sozialismus und die Rettung vor neuer Kriegsgefahr.

Aber ist die Wiederbefestigung der Macht der Bourgeoisie mit dem Vormarsch der Arbeiterklasse auf dem Wege zum Sozialismus vereinbar? Gewiß nicht. Hier scheint ein stiller Widerspruch zu klaffen, hier scheint sich entweder die Kapitalisten- oder die Arbeiterklasse in einem fundamentalen Irrtum über das Wesen des Wiederaufbaus zu befinden. Reist sich die Kapitalistenklasse durch ihre Wiederaufbaupolitik selbst die tödliche Schlinge um den Hals, oder gibt die Arbeiterklasse durch ihr Eintreten für den Wiederaufbau ihr Klasseninteresse preis? Des Rätsels Lösung liegt — wie stets bei derartigen Widersprüchen — darin, daß es keinen Wiederaufbau an sich, sondern nur einen kapitalistischen oder einen proletarischen Wiederaufbau gibt.

Der Inhalt der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik ist nichts anderes als ein imperialistischer Konflikt, dessen Eigenart in der sehr ungleichen politischen Situation der sich gegenüberstehenden Gegner begründet ist: Der französische Imperialismus, mit allen politischen Machtmitteln durch den Sieg auf dem Schlachtfeld ausgerüstet, sucht diese Machtmittel zu seiner wirtschaftlichen und politischen Knebelung des deutschen Imperialismus auszunutzen; der deutsche Imperialismus, fast alle politischen Machtmittel beraubt, aber gerade infolge seiner Unterlegenheit, die ihn am tiefsten in die Wirtschaftskrise hineingeführt hat, dem französischen Imperialismus durch die Verfügung über die weitaus billigere Arbeitskraft wirtschaftlich überlegen. Sucht diese wirtschaftliche Überlegenheit auszunutzen, um den Gegner wirtschaftlich aus dem Felde zu schlagen und dadurch allmählich auch sein politisches Joch abzuwerfen. Die Ursache dieses Konflikts, die Unvereinbarkeit des Gedankens des französischen mit dem Gedanken des deutschen Imperialismus in der Nachkriegsperiode, zieht die schlimmsten Folgen nach sich. Der Wiederaufbau, den das französische Kapital fordert, müßte, wenn durchgeführt, zum Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands und zum Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft Frankreichs führen. Die unbezahlten Leistungen an die Entente bieten dem deutschen Kapital die Handhabe, nicht nur ausländische Absatzmärkte zurückzugewinnen, sondern auch die Wirtschaftskrise im eigenen Lande durch die Aufzählung dieser Leistungen auf die deutschen arbeitenden Massen zu überwinden. Das französische Kapital wiederum züchtet sich den Gegner, den es unter Opferung unerhörter Werte unschädlich gemacht zu haben glaubte, zum gefährlichsten, tobdringenden Konkurrenten heran.

So kann das französische Kapital die deutschen Kapitalisten nicht wiederaufbauen lassen, d. h. Frankreich nicht mit deutschen Waren überschwemen und noch weniger ihn durch umfassende Aufträge auf

## Die Sozialisierungskommission weiß keinen anderen Ausweg, als Verelendung der Arbeiter.

Die Sozialisierungskommission hat über die mit der Reparation zusammenhängenden Fragen eine Enquete veranstaltet. Die Kommission behält sich vor, das Ergebnis dieser Enquete durch weitere Verhandlungen zu ergänzen und ihre eigene Stellungnahme in Gutachten niederzulegen. Die unterzeichneten Mitglieder der Kommission erklären vorläufig, daß ihnen als Voraussetzung jeder wirksamen Reparationspolitik die Beachtung folgender Grundfätze geboten erscheint:

I. Die Reparation ist nur denkbar im Rahmen einer Wirtschaftspolitik, die eine Steigerung und Rationalisierung der Produktion bezweckt.

II. In diesem Rahmen muß sich auch die Aufbringung der Mittel einstellen, welche zur Vermeidung weiterer Geldentwertung durch Aufnahme schwebender Schulden unter allen Umständen die Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt erreichen muß.

III. Da die Erträge der Volkswirtschaft an den Stellen, wo sie Privateinkommen werden, bereits stark belastet sind, und dadurch die Gefahr der Sinterziehung erzeugt wird, erachten die Unterzeichneten den Übergang zur Besteuerung an der Quelle für nötig. Sie halten die unmittelbare Anteilnahme des Reichs an den Erträgen in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken für geboten:

a) als beste Erfassung der Steuer an der Quelle;  
b) als Anteil der Allgemeinheit an der Preissteigerung, die infolge der Angleichung an die Weltmarktpreise eintritt. (1)

IV. Diese Art der Aufbringung kann das Reich in den Besitz von Substanzwerten setzen, welche geeignet sind:

a) bei eintretender zwingender Notwendigkeit durch Veräußerung oder Veräußerung von Vermögenswerten (1) die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen;  
b) gleichzeitig den mit der Ueberfremdung verbundenen Gefahren zu begegnen, indem durch planmäßige Regulierung ein regelloser Ausverkauf des Volksvermögens hintangehalten wird.

Die Unterzeichneten betonen, daß eine solche Veräußerung der Substanzwerte nur zur Erfüllung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen in Betracht kommen darf, soweit diese in der Uebergangszeit anders nicht möglich sein sollte, keinesfalls aber zur Herstellung des Gleichgewichts im inneren Haushalt. Valtrusch, M. d. R. W. R.; Dr. Wolff Braun, M. d. R.; Wolff Cohen, M. d. R. W. R.; Keller, M. d. R. W. R.; Hartmann, M. d. R.; Dr. Sifferting, M. d. R. W. R. und des Preussischen Staatsrats; Kaufmann; Kautsky; Professor Dr. Ledebur; Professor Dr. Lindemann; Erster Vizepräsident Dr. Luppe; Steiner, M. d. R.; Professor Dr. Alfred Weber; Werner, M. d. R. W. R.; Reichsminister a. D. Dr. Wissell, M. d. R. W. R. und M. d. R.

1. Die Sozialisierungskommission, die aus unabhängigen, Rechtssozialisten und Bürgerlichen zusammengesetzt ist, wiederholt vor allem die alte Forderung der Steigerung und Rationalisierung der Produktion. Wie bisher, geben sie keinen Weg an, der dazu führt. Die Arbeiter müssen arbeiten, die Kapitalisten aber lassen es nicht zu. Von den Kapitalisten werden weitere Erben stillgelegt, Fabriken geschlossen, Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen, die Zahl der Arbeitslosen vermehrt. Die Steigerung und Rationalisierung der Produktion kann nur durchgeführt werden, wenn die Verfügung über die Produktion nicht mehr in der Hand der Kapitalisten liegt, die heute nur noch produktionsfremd wirken. Wenn die Arbeiterklasse alle Arbeiterparteien und die Gewerkschaften sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die Arbeitslosen in die Produktion einbezogen werden, daß von der Arbeiterklasse auch bestimmt werden kann, was und wie produziert werden soll, dann ist die Steigerung und Rationalisierung der Produktion binnen kurzem durchgesetzt. Die Notwendigkeit der Erreichung dieses Ziels ist heute einleuchtender, als es jemals für die deutschen Arbeiter war!

lange Sicht innerhalb der französischen Wirtschaft wieder Fuß fassen lassen. Daher die Ausfuhrfrage, daher das klägliche Scheitern der bisherigen Wiederaufbauversuche, die sich in die Bestellung ganzer 67 Holzhäuser durch Loucheur bei Rathenau auflösen. Das französische Kapital muß statt dessen immer von neuem trachten, sich statt deutscher Produkte deutscher Produktionsmittel zu bemächtigen, der deutschen Bourgeoisie ihre Produktionsbasis zu nehmen. Daher das Festhalten an den Sanktionen, d. h. an der Abschneidung des Reinlandes und die hartnäckigen Anstrengungen, das oberschlesische Industriegebiet in die Hand Polens und damit in die eigene Hand zu bringen. Ein Wiederaufbau Frankreichs auf diesem Wege würde die vollkommene Zerstörung der deutschen Produktion und damit ein Massensterben der deutschen Arbeiterklasse bedeuten. Die Vernichtung der deutschen Wirtschaft würde aber auch Siechtum und Tod der französischen Wirtschaft nach sich ziehen.

So erweist sich ein wirklicher Wiederaufbau mit den Mitteln der kapitalistischen Produktionsweise als eine blanke Utopie und ein frecher Witz der herrschenden Klassen. Ihre bisherige Nachkriegspolitik war nicht Wiedergutmachung des Krieges durch Wiederaufbau, sondern Fortschreiten auf der Linie des Weltkriegs: kapitalistischer Abbruch und Abwälzung der Krisenfolgen auf das Proletariat als Mittel zur eigenen Rettung und zur gegenseitigen Vernichtung.

Schnurstracks entgegengesetzt der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik, die diesen Namen nur zum Hohn führt, muß die Wiederaufbaupolitik sein, die das Weltproletariat einschließt. Nicht Mangel an Produkten ist es, der heute einen wirklichen Wiederaufbau verhindert, sondern das kapitalistische Profitinteresse. Wenn die deutsche

2. Die Kommission will durch Vermeidung der Aufnahme schwebender Schulden also Vermeidung einer gesteigerten Notation der Notenpresse erreichen, daß das Gleichgewicht im Reichshaushalt hergestellt wird. Das Gleichgewicht des Haushaltes der Arbeiter soll aber ganz gewaltig gestört werden.

3. Im Punkte 3 wird offen zugestanden, daß eine Geldentwertung eintreten wird. Die Kommission — Unabhängige, Rechtssozialisten und Bürgerliche — findet sich vollkommen damit ab, daß eine Steigerung der Preise bis zur Angleichung an die Weltmarktpreise eintreten soll. Damit ist die Verelendung vollzogen und es ist für den Arbeiter gleichgültig, ob Brot, Kleidung, Wohnung usw. teurer sind, infolge der Vermehrung der schwebenden Schulden oder infolge der Steigerung aller Preise „infolge der Angleichung an den Weltmarktpreis“. Die Arbeiter sollen also mehr erzwungen und weniger verbrauchen als bisher. So sollen die Leistungen aufgebracht werden. Sifferting sagt, daß er durch die vorgeschlagene Maßnahme die „Allgemeinheit“ an der Preissteigerung profitieren lassen will. In Wirklichkeit aber sollen die so herbeigeführten Steuererträge an die französischen, englischen usw. Kapitalisten ausgeliefert werden. Sie und nicht die Allgemeinheit sollen den Vorteil aus dem Hunger der Arbeiter haben.

4. Wieder ein sehr wertvolles Eingeständnis: Die Substanzwerte sollen zwar nicht reallos, aber doch realisiert an die ausländischen Kapitalisten verkauft werden. Sifferting erklärt den Ausverkauf von deutschen Fabriken, Maschinen, Eruben usw. kurz alles dessen, was zur Aufrechterhaltung der Produktion gehört, für notwendig. Die Folge eines solchen Ausverkaufs würde sein, daß das ausländische Kapital an der Ausbeutung des deutschen Proletariats interessiert, an der Ausbeutung des ausländischen Proletariats aber desinteressiert wird. Anstatt den Wiederaufbau zu fördern, würde die Beteiligung des ausländischen Kapitals in Deutschland nicht nur eine vermehrte Verelendung der deutschen Arbeiter bedeuten, sondern zu gleicher Zeit würde die Produktion in Frankreich, Belgien usw. dadurch stillgelegt werden, die Arbeiter dort arbeitslos, die dortigen Arbeiter leichter und mehr auszubilden sind, größeren Wert liefern.

Die Pläne laufen heraus auf vermehrtes Elend der deutschen Arbeiter, auf schließliche Niederrückung der Produktion der Siegerstaaten, statt ihres Wiederaufbaus, und auf ein leeres Weltmarkt nach Steigerung der Produktion.

Dem gegenüber erklären wir: der deutsche Produktionsapparat ist bei voller Ausnutzung und bei einer durchaus möglichen Erweiterung leistungsunfähig genug, um nicht nur im Verein mit dem Proletariat des Auslandes die zerstörte Wirtschaft, sogar auf erhöhter Stufenleiter, wieder aufzurichten, sondern dabei auch noch den Konsum der deutschen Arbeiterklasse über das heutige Niveau, das unter dem Existenzminimum liegt, zu steigern! Die Voraussetzung dazu ist, daß das Proletariat über den Produktionsapparat verfügt. Zum Kampf dazu kann es heute um so leichter gebracht werden, als jeder Arbeiter einsehen muß, daß die einzige Arbeit des Kapitalisten heute nur noch im Stillstehen der Profite besteht. Die Forderung soll er, wenn es zur Wiedergutmachung auf kapitalistischem Wege kommen könnte, mißgelos bekommen. Es heißt hat keinerlei Arbeit damit, hat keinerlei Initiative zu entwickeln. Seine weitere Existenz als Kapitalist wirkt nur noch störend.

Das wichtigste aber ist, daß auch nur dadurch, daß die deutschen Arbeiter den Produktionsapparat in die Hände nehmen, die Wiederaufbauarbeit erzwungen werden kann. Denn das französische Kapital selbst sucht sich mit aller Kraft gegen die Aufnahme der Wiederaufbauarbeiten. Erst das deutsche Proletariat kann es mit Hilfe der französischen werktätigen Bevölkerung durchzusetzen, daß das zerstörte Frankreich, Belgien usw. wieder angebaut wird.

Wirtschaft nicht mehr nach dem Gesichtspunkt des Profits, sondern nach dem des Bedarfs der arbeitenden Volksschichten verfaßt würde, wenn der Produktionsapparat statt abgebaut, voll ausgenutzt und ausgebaut würde, wäre sie binnen kurzem umstände, nicht nur die Bedürfnisse der arbeitenden Massen Deutschlands zu befriedigen, sondern auch den französischen Arbeitern und Kleinbauern wirkliche Unterstützung zu Teil werden zu lassen. Was heute die deutschen Kapitalisten in Gestalt von Luxusmitteln verpassen, käme den Arbeitenden in Deutschland und Frankreich zugute. Zur Ausgestaltung des kapitalistischen Profits aber ist notwendig die Beseitigung der Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktion, die Beherrschung der Produktion durch die Arbeiterklasse. Die ökonomische Macht wiederum ist undenkbar ohne die politische Macht. Die politische und ökonomische Macht in den Händen der deutschen Arbeiterklasse würde die deutsche Produktion aus einer Waffe zur Unterbindung der Arbeiterklasse fast der ganzen übrigen Welt und damit dem Fluch der internationalen Arbeiterklasse und der ständigen Quelle imperialistischer Konflikte in einer schier unerforschlichen, für die Arbeiterklasse segensreichen Vorn materieller und kultureller Werte verwandeln. So wie der deutsche Imperialismus durch seine Expansionskraft die ganze kapitalistische Welt beunruhigte und in Vernichtung stürzte, so wird die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie sich zur Herrin ihrer Geschichte gemacht hat, den Grundstein zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft legen.

Die Sache des Wiederaufbaus und des Weltfriedens ist somit untrennbar verknüpft mit der proletarischen Revolution, ja der Kampf um den Wiederaufbau ist ihr vornehmster Inhalt. Und hier ist der Maßstab, mit

Dem die Politik der Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit gemessen werden muß. Die Mehrheitssozialisten, die sich während des Krieges in die unbedingte Gefolgschaft der imperialistischen Bourgeoisie begeben hatten, befehligen diese Gefolgschaft zur Ende des Krieges durch die Koalition, riefen die Bourgeoisie aus den Gefahren der Novemberrevolution und blieben ihre blindergebliebenen Knappen. Sie machten jede Schwankung der bürgerlichen Außenpolitik vom Nationalismus zum Pazifismus, von der Auslieferung zur Unterwerfung getreulich mit. Sie leisteten der Bourgeoisie die hervorragendsten Dienste bei ihrem, dem kapitalistischen „Wiederaufbau“, indem sie ihr halfen, alle Versuche der Arbeiter, sich der Produktion zu bemächtigen oder auch nur ihre elende Lage zu bessern, mit allen Mitteln kapitalistischer Brutalität niederzuschlagen. Die Unabhängigen aber erwießen sich als die noch besseren Diener der Bourgeoisie. Pazifistisch von Haus aus, erkannten sie die Vorteile der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik für die Bourgeoisie viel früher als diese. Sie traten schon für die Unterwerfung unter das Entente-Kapital ein, als die Bourgeoisie sich noch gegen ihre „Vergewaltigung“ sträubte, nicht ahnend, daß sie ihr zum Heil auszuweichen sollte. Der Wiederaufbau und die Verständigung, die die Unabhängigen verfechten, ist nicht der proletarische Wiederaufbau und die internationale Verständigung der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Kapital, sondern der kapitalistische Wiederaufbau und die Verständigung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Diese Wiederaufbaupolitik führte sie mit zwingender Logik auch innerpolitisch an die Seite der Bourgeoisie und in die Front gegen die Revolution. Heute sind sie soweit, selbst die parlamentarische Opposition praktisch aufzugeben und den Mehrheitssozialisten zur Erlangung die Hand zu reichen. Ihre Wiederaufbaupolitik muß mit der der Bourgeoisie scheitern.

Die einzige Partei, die heute in Deutschland den Kampf gegen das Kapital führt, und die darum einzig berechtigt ist, den Wiederaufbau und den Weltfrieden auf ihre Fahne zu schreiben, ist die kommunistische Partei. Nur sie unterstützt die Lohnkämpfe der Arbeiter, die der Schmutzkonkurrenz der deutschen Kapitalisten im Ausland, genannt Wiederaufbau, die die ausländischen Arbeiter zu Feinden der deutschen Arbeiter macht, einen Damm entgegenzusetzen können. Nur sie bereitet die Arbeiter vor auf den entscheidenden Kampf mit der Bourgeoisie, der die Produktionsmittel in die Hand der Arbeiterklasse geben und damit die Voraussetzungen für wirklichen Wiederaufbau und Weltfrieden schaffen soll.

Rufen Mehrheitssozialisten und Unabhängige, die Helfer der Bourgeoisie bei kapitalistischer Zerstörung und proletarischer Verelendung heute heuchlerisch: „Nie wieder Krieg!“ — so müssen die Arbeiter ihnen in tausendfältigem Echo antworten: „Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe der Frieden und der Wiederaufbau durch das Weltproletariat!“

## Politische Uebersicht.

### Neue Vorbereitungen zum Kampf um Oberschlesien.

Die englische Note zur Frage der selbständigen Abwendung französischer Truppen nach Oberschlesien ist gestern der französischen Regierung überreicht worden. Der Wortlaut ist noch nicht bekannt. Der Inhalt aber ist der, daß die britische Regierung darauf besteht, daß Truppen nach Oberschlesien nur auf gemeinsamen Beschluß der Alliierten geschickt werden können, und daß hinsichtlich nicht das militärische Übergewicht in Oberschlesien erlangt werden dürfe. Die Note weist in deutlichster Weise das selbständige Vorgehen Frankreichs zurück, das den Forderungen Millerands nach der Besetzung der drei deutschen Städte durch Frankreich im April letzten Jahres unmissverständlich entsprach. Demnach habe Frankreich die zureichende Unterstützung gegeben, daß die französische Regierung keine selbständige Maßnahmen in Frage ergreifen würde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berühren. Großbritannien sei bereit, der französischen Regierung auch weiterhin Unterstützung zu leisten.

Das aber den Grund der gemeinsamen Verantwortung der Alliierten in Oberschlesien und andere Fragen, die die Friedensverträge betreffen, anstreift, so ist es Großbritannien durchaus unmöglich, Maßnahmen gützuheben, die unabweislich die Grundlage der Allianz erschüttern können. Die britische Regierung fühlt sich verpflichtet, anzukündigen, welche Erklärung die französische Regierung für ihr Verhalten ihr geben will, denn solange die Frage nicht gelöst ist, sei es überflüssig zu sagen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könne.

Frankreich hat unter dem englischen Druck den Plan der sofortigen Truppenabziehung auf eigene Faust aufgegeben. Dagegen wurde zwischen dem englischen Vorkommando und Briand vereinbart, die Alliierten sollten gemeinsam die deutsche Regierung auffordern, sich für die Beförderung von Truppenabzügen nach Oberschlesien fertigzustellen. Die Entscheidung über die Städte der Truppen, ihre Zusammenführung und den Zeitpunkt ihrer Abreise soll der Oberbefehlshaber treffen. Die Truppen sollen in dem Augenblick in Oberschlesien sein, wenn die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens bekanntgegeben wird. Es werden nicht nur französische Truppen geschickt werden, sondern auch englische Truppen in gleicher Zahl.

Die englische Regierung, die die Sendung französischer Truppen nach Oberschlesien nicht wollte, will also selbst nach Oberschlesien Truppen senden, die den den französischen Truppen das Übergewicht halten sollen. Und das, nachdem sie vor wenigen Tagen noch erklärte, die Sendung von Truppen nach Oberschlesien sei überhaupt überflüssig! Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Demütigung die Hoffnungen zur Ursache hat, die sowohl England als Frankreich an den Sieg der russischen Sowjetregierung knüpfen. Beide betreiben sich auf ein Eingreifen in Russland vor und jeder will sich vorher eine möglichst günstige Operationsbasis sichern. So gewinnt Oberschlesien als Streitobjekt durch die Möglichkeit eines Zusammenstoßes Sowjetrusslands noch größere Bedeutung als zuvor.

Die Regierung Wirth legt nun in erhöhtem Maße ihre Hoffnung darauf, daß England nicht dulden werde, daß Polen und damit der französische Imperialismus sich in Oberschlesien festsetzt. Sie fordert neuerdings in einer Kundgebung die Beförderung eines „des ganze deutsche Volk“ auf, sich die

„Freiheit“ so anerkennenswert findet.

Auf keinen Fall wird und kann sich die Regierung Wirth der Sendung alliierter Truppen nach Oberschlesien und damit der Vorbereitung neuen imperialistischen Kampfes um Oberschlesien und neuen kriegerischen Eingreifens in Sowjetrußland widersetzen. Die deutschen Arbeiter aber müssen es tun. Wäre es Mehrheitssozialisten und Unabhängigen erst mit ihrer Parole „Nie wieder Krieg“, so müßten sie gleich uns die Lösung ausgeben:

Kein Mann, kein Schuß Munition nach Oberschlesien!

## Um die Hilfsaktion für Sowjetrußland.

Dem edlen menschewistischen Brüderpaar Bernstein-Rautsky, die den Sturz der Sowjetregierung anstreben als Vorbedingung zu einer Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland, hat sich ein durchaus ebenbürtiger und gleichwertiger Bundesgenosse zugesellt: Die Entente-Ministerdrabtruppe Kerenski. Dieser egle Zeitgenosse veröffentlicht in der „Wolga rossij“ einen Aufsatz, in dem er zunächst heuchlerisch betont, daß Rußland ohne internationale Hilfe nicht Herr der Hungerratastrophe werden könne, und daß es deshalb nötig sei, Rußland mit allen Mitteln zu helfen. Im Anschluß an diese „menschliche“ Einleitung zeigt Herr Kerenski jedoch sofort sein wahres Gesicht. Er schimpft während auf die Sowjetregierung und bringt zugleich sich selbst dem russischen Volke als neuer Beglückter in empfehlender Erinnerung durch ein Loblied auf die Freiheit, die er als gehorsamer Knecht des Ententekapitals meinen muß. Zum Glück hat das russische Proletariat noch nicht vergessen, wie die Kerenski'sche „Freiheit“ in Wirklichkeit beschaffen ist. Deshalb wird sein heuchlerisches Phrasengeklänge in Rußland verdammt wenig Dumme einfangen. Diese Kerenski'sche Stellungnahme Kerenski's sollte aber den sozialdemokratischen Arbeitern in Deutschland endlich die Augen öffnen und ihnen die Pflicht zum Bewußtsein bringen, daß sie gemeinsam mit der übrigen Arbeiterklasse der Welt aus eigenen Kräften Sowjetrußland helfen müssen, sofern sie nicht wünschen, daß die internationale Reaktion über die Rücken einer unerbittlichen Naturgewalt hinweg, die Knechtschaft der Weltarbeiterschaft wieder zu einer lückenlosen mache.

Erkenntlicherweise scheinen die Kreditor in allen Ländern diese Gefahr immer mehr zu erkennen. Dem unruhigen Verhalten der deutschen Rechtssozialisten, die die rein proletarische Hilfsaktion durch Beteiligung an derjenigen des Bürgertums zu sabotieren suchen, sind bisher nur die ihnen völlig art- und menschenähnlichen Sozialdemokraten gefolgt. Die deutsche sozialdemokratische Partei und die Exekutive der Zentralgewerkschaftskommission in Böhmen haben dagegen beschlossen, ihre Forderungen mit denen der kommunistischen Partei Böhmens aufs engste zu verbinden. Als maßgebend für diesen ihren Entschluß bezeichnen sie die historische Bedeutung der Aktion des Weltproletariats für Rußland sowie die Erwägung, daß diese Aktion nur dann wirkungsvoll sein könne, wenn sich alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden proletarischen Organisationen zu diesem Zwecke zusammenschließen.

Die Betriebsräte und Vertrauensmänner der chemischen Industrie in Österreich haben mit jenseitiger Einmütigkeit den Beschluß gefaßt, zwei Kohlenstücken für ihre hungernden russischen Brüder zu opfern.

Nach einer Post-Nachricht hat das deutsche Rote Kreuz dem russischen Roten Kreuz seine Hilfe angeboten. Es will in kürzester Frist zunächst ein Contingent mit ärztlichem Räte- und Entladungspersonal sowie mit Medikamenten und ärztlichem Behelfsmaterial nach Petersburg entsenden. Es beabsichtigt in erster Linie eine planmäßige Bekämpfung der Seuchen in den Hauptepidemienherden. Die deutsche Regierung soll dazu ihre weitgehendste Förderung zugesagt haben.

Die Regierung der tschecho-slowakischen Republik hat ebenfalls beschlossen, sich an einer internationalen Hilfsaktion zu Gunsten der Hungernden in Rußland zu beteiligen. Die Regierung Dr. Benes hat eine staatliche Hilfeleistung vor, an der sich zu beteiligen auch die Deutschnationale Bewegung gebeten werden soll.

## Die Bundesgenossen der USPD.

Aus Kottbus wird gemeldet:

Zur Regierungsfrage in Preußen beschloß die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Kottbus folgenden Antrag an den örtlichen Parteitag:

„Da das Parteiparlament an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Koalition mit Einfluß der Deutschen Volkspartei sich während der Regierungsfrage in Preußen als nachteilig erwiesen hat, möge der Parteitag im Interesse der sozialdemokratischen Wählermassen den Fraktionären im Reich, in den Ländern und Provinzen eine größere tätige Bemühung einbringen, die auch die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Einräumungen für den Bestand der Republik nicht ausschließt.“

Die „Sozialistische Korrespondenz“ hat bereits zu der Forderung der Kottbuser Entschloß. Sie rät noch einmal die ganze Gewissheit des Auscheidens der Sozialdemokratie aus der preussischen Regierung auf. Sie schreibt, daß die Kottbuser sich ein Verdienst erwerben, indem sie den Parteitag in Görlich konkret vor die Frage der preussischen Regierungsbildung gestellt hätten. Unmöglich sei kein Sozialdemokrat für das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei gewesen. Erst dann, als sich herausgestellt habe, daß Zentrum und Demokraten mit der Deutschen Volkspartei vollkommen verflochten hätten, und die Sozialdemokratie bei der Bildung einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei auscheiden müßten, habe sich eine Widerheit gebildet, die lieber die Volkspartei schloß, als das Ministerium des Innern und andere wichtige Verwaltungsstellen aufzugeben wolle.“

In den Forderungen der Kottbuser und auch der anhaltischen abgehenden Sozialdemokraten schreien sich der zukünftige Weg der USPD. Was der örtliche Parteitag nach einmal das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnen, schließlich wird doch die gesamte USPD-Fraktion bei Stimmensenden. Es ist nur die Furcht vor der Erkenntnis der Klassen und vor ihrem Abfall, der die Sozialdemokraten nach hinten, die von den Gewerkschaften geschaffene Arbeitsgemeinschaft mit Stimmens auch offen auf dem Boden der Parteipolitik zu übertragen.

Die USPD hat treffliche Bundesgenossen. Während ein Teil der USPD-Führer sich schon mit dem Gedanken trägt, eine Koalition mit dem Zentrum zu schließen, bricht die Spitze der USPD ab in die Hände von einem Unbekannten, der die Forderungen nach

## Der Streik in der Rheinschiffahrt beendet.

Der Kampf der Maschinenisten und Heizer auf dem Niederrhein, der schon im Mai begann und dann am 16. Juli zu einer vollständigen Stilllegung der Schiffahrt verwickelt wurde, hat am 28. Juli mit einem erheblichen Erfolg für die Arbeiterchaft beendet, obwohl er nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen den Willen der Interalliierten Rheinschiffahrtskommission geführt wurde. Da eine Einigung des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer mit den Arbeitgeberern nicht möglich war, fällten vier Vertreter der Reichsregierung, die zu einem Schiedsgericht zusammentraten, einen Schiedsspruch, in dem den Maschinenisten und Heizern eine wöchentliche Zulage von 30 M. (35 M. waren gefordert) zugesprochen wurde für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September. Die rückständigen Zulagen sind nachzu zahlen. Mahrgelungen dürfen nicht vorgenommen werden; die Arbeit soll sofort wieder aufgenommen werden. Die Streikleitung rief sofort in allen Stationen des Rheines Versammlungen ein, die eine erhebliche Mehrheit für die Annahme des Schiedsspruches ergaben, womit der Kampf beendet ist.

## 12 000 Bergarbeiter des Geifeltales vor dem Kampf.

Die Bergarbeiter des Geifeltales haben beschlossen, wegen fortwährender Steigerung der Lebensmittelpreise neue Lohnforderungen zu stellen. In Betracht kommen 12 Werke mit 12 000 Arbeitern.

## Zum Streit der sächsischen Landarbeiter.

### Die Einigungsverhandlungen abgebrochen.

Leipzig, 30. Juli.

Die vom Demobilisationskommissar einberufenen Einigungsverhandlungen im Streit der Landarbeiter in der Amtshauptmannschaft Leipzig wurden als ergebnislos abgebrochen, da die Arbeiter auf ihrer Forderung von 1,50 Mark Zuschlag pro Stunde verharren. Der Arbeitgeberverband lehnt nach wie vor die Forderungen der Arbeiter ab. Die Streikfrage auf den Gütern in der Umgebung ist unverändert. Die Streikdisziplin wird streng durchgeführt.

## Streik auf den Rhönig-Werten in Hoerde!

Hoerde, den 30. Juli 1921.

Nach vergeblichen Verhandlungen sind heute 1000 Hochfelsenarbeiter der Rhönigwerke in den Streik getreten. Weitere 9000 Arbeiter der Rhönigwerke sind infolgedessen zum Streik gezwungen. Die Verwaltung steht bisher dem Streik gleichgültig gegenüber.

## Der Streik in Aachen abgewürgt.

Die Gewerkschaftsbürokratie des Aachener Bezirks hat triumphiert. Es ist ihr gelungen, den Streik abzuwürgen, der sich immer mehr verschärfte, indem sie die Maßnahmen der Befehlsgewalt dazu benutzte, um die Kampfseiten des Proletariats zu verwirren. In einer Sitzung der Zentral-Streikleitung, in der alle Betriebe des Aachener Industriebezirks durch etwa 50 Delegierte vertreten waren, wurde deshalb nach langer Diskussion beschlossen, den Kampf abzugeben und am Freitag in die Betriebe zurückzukehren. Alle Vertreter erklärten einmütig, daß die Gewerkschaftsführer systematisch den Kampf abgewürgt haben. Selbst das Verlangen der Streikleitung, den Arbeitermassen in einer öffentlichen Versammlung Bericht über den Verlauf des Kampfes zu geben, wurde von der Gewerkschaftsbürokratie durchkreuzt. Die Befehlsgewalt hatte bereits die Erlaubnis der Versammlung erteilt, diese Forderung abzuwehren, nachdem sie mit dem Gewerkschaftsbeamten Fischer verhandelt hatte. Zur Arbeitsaufnahme wurde folgende Entschloßung einstimmig angenommen:

1. Sofortige Aufhebung des Versammlungsverbotes.
2. Kein Arbeiter, der im Streik gestanden hat, darf entlassen werden. Die gesamten Arbeiter der Hütte „Rosa Erde“ werden ebenfalls reiflos eingestellt.
3. Die Gewerkschaften haben sofort sämtliche Betriebsräte zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzurufen, um gemeinsame Forderungen für die gesamte Arbeiterschaft Aachens zu stellen.

Wir werden auf diese bedeutende Bewegung noch zurückkommen, jedoch heute schon lassen sich für das Proletariat wichtige Lehren ziehen. Sie hat nicht nur die internationale Solidarität der Kapitalisten erneut bewiesen, in dem die belgischen Befehlsgewalt sich schützend vor die Kassenstricke der deutschen Unternehmer gestellt haben, sondern sie hat auch gezeigt, daß die Gewerkschaftsbürokratie sich in diese Front wütend einschreiben vermag. Die Arbeiter aller Parteien müssen daraus die Folgerungen ziehen, indem sie in den Gewerkschaften zum Schutze der proletarischen Interessen eine gemeinsame Front bilden, um sich gegen die Bourgeoisie und ihre besten Helfer zu sichern.

## Dennoch Auflösung des Thüringer Landtags!

In der Sonnabend-Sitzung des Thüringer Landtages wurde der Antrag der unabhängigen Fraktion auf Auflösung des Landtages einstimmig angenommen. Ein Antrag der Vereinigten Rechtsfraktionen, die Auflösung des Landtages bis zum 15. August zu verschleppen, um die Arbeiten des Untersuchungsausschusses in der Angelegenheit des Leiters der Thüringer Landespolizei, Müller-Brandenburg, zum Abschluß zu bringen, verfiel der Ablehnung. Ebenso wurde ein Antrag der demokratischen Fraktion, den Untersuchungsausschuß trotz der Auflösung des Landtages beizubehalten, abgelehnt.

Vor der Abstimmung fand eine große politische Debatte statt, in der Vertreter aller Parteien die Ursachen und die Notwendigkeit des Rücktritts der Landesregierung sowie der Auflösung des Landtages nochmals eingehend erörterten. Der Termin der Neuwahlen ist noch nicht bekannt.

Diese Sitzung, die heute auch vom RTA. kräftig wird, ist ein typisches Beispiel der schuldigen Verdrängung dieses offenkundigen Teufelsbündnisses. Raum 12 Stunden vorher fand es eine entgegengesetzte Meldung in die Welt hinaus! Der bevorstehende Wahlkampf in Thüringen wird uns Kommunisten Gelegenheit geben, über die engen Schranken der Thüringer Landespolitik hinaus, alle großen politischen und wirtschaftlichen Fragen, von deren Lösung Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterklasse abhängt, anzuzukeln. Denn der Kampf im Thüringer Parlament, während ein Kampf um kleinliche nebensächliche Dinge, ist in Wirklichkeit nur ein Ausmaß der unermesslichen großen Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen dem Versuch der kapitalistischen Restauration oder der Durchsetzung des Sozialismus. Deshalb werden die Kommunisten allen Versuch der sozialdemokratischen Kleinbürger beider Richtungen, im Wahlkampf die Kampfbühnen zu trennen, strikt zu verweigern.

# Die Verteidiger der kapitalistischen Ebertrepublik.

Zwischen den Vorständen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des A.G.O. und des Deutschen Bauernbundes schwebten seit einiger Zeit Verhandlungen über einen engeren organisatorischen Zusammenschluß. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist folgende Vereinbarung:

Bur wirksamen Vertretung des gemeinsamen Interesses der Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinbaren die unterzeichneten Spitzenorganisationen unter Wahrung ihrer vollen Selbstständigkeit und unter Ausschluß aller parteipolitischen und religiösen Bestrebungen folgende Abmachungen:

1. Die drei Spitzenorganisationen verpflichten sich und die angeschlossenen Verbände, in der Wahrung der gemeinsamen Arbeiterinteressen zusammenzuwirken. Jede Organisation hat ihr eigenes Programm selber durchzuführen. Beschlüsse über gemeinsame Handlungen sind auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen.
2. Alle beteiligten Verbände erkennen ihren organisatorischen Verhältnis gegenseitig an und werden sich jeden organisatorischen Eingriff in die Mitgliedschaft eines anderen beteiligten Verbandes enthalten. Organisatorische Streitigkeiten sollen im Wege gütlicher Schlichtung behoben, bestehende Unstimmigkeiten baldmöglichst beseitigt werden.
3. Die beteiligten Verbände stehen auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung des Deutschen Reichs. Sie verpflichten sich, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Aenderung dieser Verfassung im Reich und in den Ländern geschlossen entgegenzutreten, aber jede politische und religiöse Nebenbetrachtung in ihren Mitgliederkreisen unbestritten zu dulden.
4. Für die Stellungnahme zu wirtschaftspolitischen Fragen und eine gemeinsame Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik durch die Beamten-, Angestellten- und Arbeiterverbände ist richtunggebend die Lage der Mitglieder als Arbeitnehmer und Verbraucher. Erster Grundsatz in der Wirtschaftspolitik soll sein, daß stets das Allgemeinwohl den Privatinteressen voranzustellen ist.
5. Diese Vereinbarung gilt auch für die örtliche und bezirkliche Gliederung der beteiligten Spitzenorganisationen, sowie für die Nachgruppen der angeschlossenen Verbände, soweit Beamte, Angestellte und Arbeiter in Betrieben und Verwaltungen den gleichen Arbeitssphären unterliegen.

Wir Kommunisten begrüßen selbstverständlich jede Vereinbarung, die zur Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter führt. Und soweit das Organisationswesen in obiger Abmachung festgelegt ist, können wir es nur begrüßen, daß in Zukunft auch die Bauernorganisationen in engerem Kontakt mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen stehen. Uns geht in dieser Hinsicht die Vereinbarung längst nicht weit genug, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Interessen aller drei Kategorien im wesentlichen dieselben sind, und daß durch eine Einigung die Verbindung zwischen Hand- und Kopfarbeitern weit besser hergestellt wäre, als durch das Vorhandensein von drei Spitzenorganisationen.

Die schärfste Kritik aller Gewerkschaftsmittelglieder muß aber der Absatz 3 der Vereinbarung hervorgehoben. In den dort festgelegten Sätzen zeigt sich der ganze konterrevolutionäre Charakter der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie. Obwohl im ersten Satz der Abmachungen die alte Phrase von der parteipolitischen Neutralität aufgewärmt ist, halten es die Gewerkschaftsbürokraten für notwendig, zu betonen, daß sie auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung stehen, und daß sie sich gegenseitig verpflichten, jeder Verletzung und jeder ungesetzlichen Aenderung dieser Verfassung geschlossen entgegenzutreten.

Jedes Kind weiß — und die Amsterdamer Bürokraten haben es bei den verschiedenen Anlässen selbst auszusprechen —, daß die heutige Reichsverfassung eine rein kapitalistische ist, und es sind gerade die Proletarier, die den kapitalistischen Klassenscharakter der jetzigen Verfassung jeden Tag mit aller Deutlichkeit zu spüren bekommen. Im Namen dieser Ver-

fassung werden sie ausgenutzt, im Namen dieser Verfassung werden die Kapitalisten das Recht, Millionen von Arbeitern heranzuziehen zu lassen, im Namen dieser Verfassung können die Unternehmer Milliardengewinne einheimen und im Namen dieser Verfassung werden die Proletarier ins Nichts und ins Gefängnis gesteckt, während die reaktionären Hochverräter, die Kriegsverbrecher und Arbeitermörder frei herumlaufen.

Arbeiter, hört! Eure Gewerkschaftsführer haben in der jetzigen Zeit, in der die Brutalität der Kapitalistenklasse sich schrankenlos auslebt, nichts Wichtigeres zu tun, als in eurem Namen zu erklären, daß sie jeder Verletzung dieser kapitalistischen Verfassung entgegenzutreten werden. Offener haben sich die Amsterdamer noch nie als die wahren Stützen des Kapitalismus gezeigt als hier. Sie werden ja erklären, daß sich dieser Passus vor allen Dingen gegen die monarchistischen Reaktionen richtet. Aber wir fragen: Was haben die Gewerkschaftsleitungen bis jetzt getan, um gegen die offensichtlichen und skandalösen Verfallungsverletzungen der offenen Konterrevolutionäre, wir nennen nur Fahr, den württembergischen Minister Graf, v. Jagow usw., vorzugehen? Nichts.

In Wirklichkeit richtet sich der Absatz 3 gegen die Revolution, gegen die revolutionären Arbeiter. Wenn es diese wagen sollten, gegen die kapitalistische Zwangsbürgschaft anzurennen, dann, so erklärt die Gewerkschaftsbürokratie, werden die drei Bünde dieser „Verfallungsverletzung“ geschlossen entgegenzutreten, d. h. sie wollen dann gleich einem Moskale handeln.

Unter Absatz 4 wird das Allgemeinwohl der Arbeiterinteressen vorangestellt. Wir haben an dieser Stelle den Schwindel, der mit diesem Wort getrieben wird, schon des öfteren gebrandmarkt. Allgemeinwohl heißt im heutigen kapitalistischen Staat Ausbeutung der bürgerlichen Gesellschaft.

Es ist klar, daß der „Vorwärts“ die Vereinbarungen begrüßt und besonders den Absatz 3 und 4 gutheißt. Die „Freiheit“ ist ebenfalls über die Abmachungen enttäuscht und findet kein Wort der Kritik an dem konterrevolutionären Charakter der von uns kritisierten Stellen. Sie zeigt damit, daß die U.S.P. reflexlos in das konterrevolutionäre Lager eingeschwenkt ist. Doch das Proletariat wird in der Stunde des Kampfes und der Entscheidung weder vor dem Feind Papier, genannt Verfassung, noch vor den Vereinbarungen einiger Duzend Gewerkschaftsbürokraten zurückweichen.

## Frankfurter Kommunistenprozeß.

Vierter Verhandlungstag. Vormittagssitzung.  
Ein Blick in die Epichelkloale.

Eingang der Verhandlungen stellt der Verteidiger Dr. Sedel einen Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten Lehmann, weil dieser seit Mittwoch abend eine Reihe hysterisch-epileptischer Anfälle erlitten hat. Staatsanwalt Schaffner hat in widersprüchlich diesem Antrag wegen „Nachtverdrachts und Possionsgefahr“. Gerichtspräsident Dr. Roth untersucht Lehmann, der aus dem Sitzungssaal buchstäblich herausgeschleudert werden muß. In der Tür erleidet Lehmann wieder einen Anfall. Das Gutachten Dr. Roths war durch Sachseminis nicht getrübt. Er bezweifelte Lehmanns Verhandlungs- und Haftunfähigkeit und stellte fest, daß sein körperlicher und geistiger Zustand (trotz einer Gewichtsabnahme von 18 Pfund und epileptischer Anfälle!) sehr gut sei. Der Gerichtshof beschließt hierauf Ablehnung des Haftentlassungsantrags.

Die Vernehmung des Bergr Kaufmann Nikolaus Esch, Frankfurt a. M., Ludwigstr. 11 2 Tr., eröffnet einen Blick in die Epichelkloale der Ebertinischen Regierungsmaschinerie. Esch gibt an, im Juli 1920 aus der K.P.D. ausgetreten zu sein. Seit seinem Austritt spricht aus diesem Epichelkloale ein wahrer Regen von Begebenheiten. Justizrat Frank stellt fest, daß dieses Subjekt von dem, was er berichtet, nicht

das Gerücht nicht erfindet hat, sondern alles nur von 50.000.000.000. So lautet dieser Mensch, bei ihm als „Zeitschrift“ der K.P.D. sei während der Kappzige der gesamte Parteibestand zusammengelassen. Man und andere Angeklagte stellen dem gegenüber fest, daß im März 1920 eine K.P.D. überhaupt noch nicht bestanden habe, da diese erst später, nach dem Scheitern der Kappzige, gegründet worden sei. Esch will weiter „gehört“ haben, daß Kunz, alias Schmidt, aus Berlin nach Frankfurt gekommen sei, um eine illegale Kampforganisation zu organisieren, der mehrere Angeklagte angehört haben sollen. Ein nicht mehr auffindbares holographiertes Rundschreiben der K.P.D.-Zentrale will Esch erhalten haben, in dem zwischen den Zeilen gegen die K.P.D. Stellung genommen worden sei. Kunz soll zwei Parteien angehört und als Angehöriger der K.P.D. einen Haftbefehl gegen den Aktionsausschuß erlassen haben!! Das das Heft, auf das sich die Anklage stützt, schon in den Kappzigen bestanden habe, betritt Esch. Genosse Schnallbacher soll in Mainz in einer öffentlichen Versammlung von den Leitern der K.P.D. gesagt haben, sie stünden mit Offizieren der Grünen zu Epichelzwecken in Verbindung. Militärische Übungen sollen im September stattgefunden haben. Ein halbes Jahr nach seinem Austritt aus der K.P.D. hat sich Esch zum Eintritt in die K.P.D. gemeldet und verschiedenen Angeklagten Dynamit angeboten, angeblich zur Vermittlung an russische Genossen. Auf die Frage der Verteidigung, ob er in Beziehungen zur Polizei stehe oder bestanden habe, verweigert er die Aussage. Es stellt sich weiter heraus, daß Esch in Polizeiantos mit Kriminalbeamten unterwegs war, daß in seiner Wohnung verschiedentlich Verhaftungen stattgefunden haben usw. Es wird die Labung des Vorsitzenden des Erwerblosenrates Tiebler angeordnet, der bezeugen soll, daß Esch ihm Sprengstoff angeboten hat, was aber abgelehnt wurde. Esch behauptet, noch heute auf legalem Wege die Rundschreiben der Zentrale der K.P.D. zu erhalten, was auf das schärfste bestritten wird. Der Verteidiger beantragt, über den Zeugen telegraphisch das Vorstrafenregister einzuholen, um seine „Glaubwürdigkeit“ festzustellen. Esch soll u. a. wegen Sittlichkeitsverbrechen, Betrugs usw. vorbestraft sein. Dem Antrag wird stattgegeben.

Als Lehmann wieder in den Saal geführt wird, ereignet sich ein kleiner Zwischenfall. Er rief dem Zeugen Esch zu: „Da bist auch so ein Lump!“ Die Gerichtsdienner verhindern weitere Vorgänge.

Die Zeugen Georg Meckel und Peter Ehlen wissen nichts Wesentliches auszusagen. Der nächste Zeuge, Mechaniker Philipp Grob, soll bei dem Raubverbrechen der Kappzige beteiligt sein. Er hat seinerzeit ein Geständnis abgelegt, das er heute widerrufen. Grob zieht seine früheren Aussagen gegen einige Angeklagte vollständig zurück. Er wird nicht verurteilt, da das Gericht Beweismittel annimmt. Der Zeuge Ehlen gibt unter seinem Eid an, daß Esch ihm Sprengstoff zum Verkauf angeboten hat. — Die Zeugin Speiser-Neufußin war eine Freundin der bekannten Münchener Polizeipolizeiin Bertha Flamme, die bei der Kappzige in Frankfurt ein halbes Jahr ständig in der Roselstraße zuhause war. Im Café Atlantik will sie verschiedene Angeklagte kennengelernt haben, die ihr ihre Möbel abkaufen wollten. Die Polizei soll sie gewarnt haben, die Möbelkäufer einzulassen, da diese sich nur der Flamme bedient hätten. Die Behauptung der Zeugin Speiser-Neufußin, Laue und Deschler ergab nichts Wesentliches. Der Zeuge Schöningger, Berlin, juristischer Hilfsbeamter der Frankfurter Polizei, ist jetzt „Schlosser“, und gibt an, den Auftrag erhalten zu haben, am 13. August vorigen Jahres die Zusammenkunft verschiedener Funktionäre der K.P.D. in einer Wirtshaus zu bespionieren. Er will dabei von der Wirtshaus, Ausdrücke wie „rote Armee“, „K. D.“ usw. gehört haben. Bei einer Vernehmung hat er nichts bemerkt. Von den Angeklagten will er nur Herzog bemerkt haben, als dieser die Wirtshaus verließ. Die weitere Vernehmung bringt nur Wiederholungen. Die Vernehmung des Zeugen Grob wird unter Berufung auf § 36, 3 des StGB. abgebrochen. — Auf Grund der heutigen Zeugenaussagen beantragt der Verteidiger Dr. Sedel die Haftentlassung des Angeklagten Lehmann. Das Gericht beschließt die Haftentlassung. Vernehmung am Samstag vormittag 9 1/2 Uhr.

Statuten des Vereins. Sie kündigte ganz nüchtern an, daß sie von ihrem Rechte Gebrauch mache, die Wohnungen von sich aus zu vergeben. Mit der Regierung wäre ein Abkommen bereits getroffen. Sie ersuche um Mitteilung, wie viele Häuser zum nächsten Termin zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Regierung werde die Lage der Bewohner möglichst berücksichtigen. Sie werde sich vorerst nur ein größeres Einflußrecht sichern. In der nächsten Umgebung plane die Regierung die Anlage einer militärisch-technischen Versuchsanstalt. Zum Oktober müßten für Militärbeamte und ihre Familien, die in der Anstalt beschäftigt werden, einige Wohnungen bereits frei gemacht werden. Auch etwa für fünfzig Mannschaften müßte es auf weiteres Unterkunfts geschaffen werden. Ueber eine später eingehende Regelung der Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse könne noch später verhandelt werden. Soviel sei aber zu sagen, daß in absehbarer Zeit etwa bis Mitte nächsten Jahres mindestens 50 Wohnungen zur Verfügung der Verwaltung stehen müßten. Das war fast die Hälfte. Der Kaufmann hatte guten Will gebahrt.

In Arbeitsfriede wollte man erst im Anfang des Jahres gar nicht glauben. Das zerfiel mit einem Schlag. Hoffnungen. Es zeigte, wie machtlos und wie arm sie waren. Es war alles aus. Und es schien wirklich, daß die Leute sich wieder schlafen legen wollten und sich in ihr Schicksal bescheligen. Wirklich wäre es auch noch so gekommen, wenn nicht die so fortige Räumung der geforderten zehn Stellen auf Schwierigkeiten gestoßen wäre. Auch mit der Einquartierung hatte man sich schließlich abgefunden. Aber die Wohnungen kamen nicht zusammen. Es wurden nur sechs. Zwei wurden an sich frey darunter Merkels, zwei wollten freiwillig ziehen und einwärts waren bereit gewesen, zusammenzuziehen, so daß noch zwei weitere frei wurden. Das hatte sich der Kaufmann, der vor Haus zu Haus gelaufen war, schon überschlagen. Aber weislich kam er nicht und er fand auch keinen Ausweg, der nicht die düster gewordene Stimmung zum Explodieren kommen ließ. Und sie explodierte. Man ließ sich noch drei Tage Zeit, ehe der Wohneraussschuß sich schlüssig machen wollte. Der Vorstand hieß sich vorsichtig im Hintergrund. Zwar hatten die Organisationen mit denen die Verhandlungen noch schwebten und die man schnell angerufen hatte, nur einen ausweichenden Bescheid gegeben. Er stand doch fest, daß ihre Pläne verwirklicht würden, aber man braucht dafür Zeit, das ging nicht von heute auf morgen zu bestimmen. Aber sie wollten ihr möglichstes tun. Sie sagten aber nicht bestimmt, was die Arbeitsfriede tun sollten. Auch die Nachbarnschaften kamen zusammen und berieten. Neue Leute wurden zu Verhandlungen in die Stadt geschickt. Man hört nichts genaues.

Das war die Zeit, die die Arbeitsfriede brauchten, sich zu rechtzufinden. Dann brach die Wut los. Der Kaufmann hatte sie schon lange kommen sehen und sie ging auch ihm zuerst an den Krügen. Man setzte ihm schlanke Weg den Stuhl vor die Tür.

Er solle als erster machen, daß er fortkomme. Sie ließen nicht sich reden. Das wurde beschlossen und ihm droht, es wolle erst weiter keine Schwierigkeiten machen. Der Vorstand ste beschloßen in einer stumpfen Erbitterung, ohne viel Lärm sich um den Brief nicht zu kümmern. Aber ziehen wolle, könnt sie ziehen, der Regierung würden sie aber noch eine ganz andere Antwort geben. Es war ja noch drei Wochen hin. Partei und Gewerkschaften mußten in Bewegung gesetzt werden. Die schlechte Vereinigung mit den anderen Gesellschaften wurde beschloßen, und für nächsten Sonntag eine große öffentliche Versammlung festgesetzt. Es stimmte niemand dagegen, aber einige enthielten sich doch der Stimme. Darauf entschied niemand. Es hatten jetzt jeder alle Hände voll zu tun. Noch am gleichen Abend nach der Sitzung gingen einige zu den Nachbarnorten und fuhrten nochmal nach der Stadt. Es brannte.

(Fortsetzung folgt)

## Arbeitsfriede.

19] Roman von Franz Jung.  
Copyright by Der Malik-Verlag, Berlin-Halensee 1921.

Die Ställe waren leer und wollten bald zusammenstürzen. Die Steinpflasterung wies große Löcher auf. Nun, wissen Sie, krähte Weißbach, Vieh zu halten ist jetzt unlohrend geworden. Für wen denn, ja hält man so was — da kommen die mit ihren Verdienungen und nehmen einem alles weg. Man ist nicht mehr Herr im Hause. Daß die anderen auch Fleisch wollen und Butter, Eier und Milch, daran dachte der Alte nicht. Das wäre ihm auch nie in den Sinn gekommen. Dagegen verbreitete er sich über die Landwirtschaft, die nur im Großen betrieben werden könne. Der Landwirt muß aus dem Vollen schöpfen können, meinte er. Da darf nicht alles berechnet werden, wieviel das und jenes tragen muß. Heute, wo alles abgeleitet werden soll, kommt der Landwirt nicht mehr vorwärts. Wie die Jahre sind, man kann nicht alle Jahre gleich arbeiten. Es verdirbt viel, es wächst aber auch zu. Der Landwirt muß freie Hand behalten und den Ueberfluß selbst verwirtschaften können. Sonst geht alles zugrunde. Sie sehen ja. Aber die Arbeiter schwiegen dazu. Nur einer dessen Vater noch ein kleiner Bauer gewesen war und der noch von der Landwirtschaft eine dunkle Ahnung hatte, gab hin und wieder eintönige Antworten, daß er nur merkte, wie die Pferde für die Frühjahr- und Herbstbestellung ließ er aus der Stadt. Die Stadt frist uns noch alle auf, seufzte er. Und er führte sie im Garten herum, dessen zahlreiche Obstbäume vernachlässigt waren und kaum Früchte tragen würden. Er habe keine Lust mehr, sich drum zu kümmern. Letzte Reihen Gemüsehäute lagen brach. Den anderen kam ordentlich die Mut. Sie mußten sich auf ihren schmalen Streifen wer weiß wie quälen und hier lag alles nutzlos und verkam. Denn vorahnschledeten sie sich und gingen roneinander im besten Einvernehmen.

Aber man hatte weder Angst noch Mißtrauen, war doch jeder, wie schon gesagt, in seinem Betriebe mit seiner eigenen Arbeit vollaus beschäftigt. Da waren die Streitigkeiten über Akord und Lohn. Da war der Aufmarsch für den politischen Endkampf. Die Meinungen standen hart gegeneinander, auch in der Arbeitererschaft. Dabei will jede Behauptung bewiesen sein. Und ehe man sich entschließt, selbst mit Hand anzulegen und als Mittstreiter in den politischen Kampf zu treten, muß der Weg ganz klar und schon das Ziel deutlich sichtbar sein. Das gibt harte Auseinandersetzungen, die den Kopf ausfüllen. Und dann die Not, überhaupt sich durchzuschlagen, die knappen Verhältnisse zu Hause, die Familie bündet immer neue Sorgen auf — wie soll das alles auf einmal geändert werden. Man hat gerade zu tun, daß man den Garten mit in der Hand hält. Und sie beschäftigten sich mit all den Dingen nur eben soweit, als sie bereits hineingesetzt worden waren. Es schien nicht vorwärts zu geben. Der Pächter Weißbach war zwar mal im Ort gewesen und hatte mit dem ober jenen gesprochen. Er sei zu alt, und wenn Weißbach nach der Stadt zieht, geht er auch. Er sei eigentlich von Beruf Ziegeleimeister und hätte nur eine kleine Wirtschaft so nebenbei gehabt. Jetzt habe er das Wirtschaften gründlich satt, und wie er gehört hätte von dem Aufschließen des neuen Geländes und alles das so dachte er, es wäre das beste, sie sollten die Gebäude und den Hof gleich mit übernehmen. Verwendung dafür hätten sie doch genug, ob sie daran schon gedacht hätten und so. Man sprach mit ihm hin und her und ließ ihn dann schließlich unverrichteter Sache wieder gehen. Das wird alles zu seiner Zeit schon geregelt werden, natürlich wollen wir das und jenes damit anfangen, sagte manch einer. Aber es kümmerte sich vorläufig niemand weiter drum, wie die Sachen standen. Später, dachten sie, vorläufig ist wenigstens alles schon eingeleitet. Es wird schon in Fluß kommen. Damit war die Zeit vergangen. Neue Streiks kündigten sich an. Weitere Einschränkung der Arbeit war angebroht. Der Staat schien bereits in allen Fugen zu krachen. Aber man täuscht sich nur zu oft. Der kapitalistische Staat ist zäher, als viele meinen. Er bricht nicht so ganz von sich selbst allein zusammen. Da heißt es mit ansetzen, ihm den Rest zu geben. Da muß man mit stoßen. Sonst verweist er über Generationen und jagt jeweils noch die Arbeiterschaft in seinem Verfall mit hinein. Das Leidengift gibt als das gefährlichste Gift. Es zermüht und schwächt, entblüht die Hoffnung und macht gleichgültig und müde, nur immer abzuwarten, wann wohl der Zusammenbruch kommt. Die Rot allein treibt nicht. Obwohl sie allein im Augenblick alle gemeinsam umfaßt. Aber, sagt ihr, was kann der einzelne schließlich tun, — wir haben doch zuerst unsere Brotarbeit, und ob ich mit But oder mit Oleikumf arbeite, das bleibt der Drehbank gleich. Bistelecht wenn alle so denken, ist das richtig, aber der Staat wird dadurch gerettet. Darauf baut er sich überhaupt nur allein auf. Bistelecht ist es aber auch notwendig, daß jeder über den engen Kreis seiner Hände Arbeit hinausdenkt, sich mit den anderen, die eben so sind, wie er sich verbindet, gemeinsam denkt, gemeinsam daran arbeitet, einen Schritt weiterzukommen. Nicht warten, bis die anderen einen rufen und den Karren weiter schieben, sondern jeder selber schon von vornherein mit ansetzen. Die anderen alle, die so wichtig sind ehe überhaupt etwas getan wird, auf die man zählt als Vorbedingung, bis einer mittun will, fallen denn die als Block vom Himmel? — Nein, du selbst mußt sie mit entziehen helfen. Jeder einzelne hat schon mit seiner Existenz seine Aufgabe. Wer sagt auch das, daß sich einer immer hinter den anderen verstecken muß? Dann ist es leicht, jeden einzelnen heranzuholen und klein zu krlegen. Das ist nicht mal Verteidigung. Aber nur der Angriff kann uns zühen.

Das Gewitter zieht auf.  
Ein paar Wochen vergingen. Der Sommer verging. Die Zeit war schon im September. Von keiner Seite war man an den Verein bisher herantretreten, der Verfallstermin war schon lange vorbei. Aber auch sonst rührte sich nichts. Die Werkstätte arbeitete zwar flott. Die Schule dehnte sich immer weiter aus. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Ausschüsse war die Verschmelzungsfrage der Kolonien besprochen worden. Weißbach hatte Wort gehalten und drängte selbst auf den Vertrag. Alle waren auch überzeugt daß man den Gutshof übernehmen würde. Aber schließlich hatte doch jeder seiner eigenen Arbeit nachzugehen. Bistelecht dachten viele es genügt, wenn man die ersten Vorbereitungen über den Berg hat, das andere entwickelt sich von selbst. Bistelecht zogen sich auch die Besprechungen mit den Organisationen zu lange hin. Es ist leicht sozusagen eine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, wie aber ansetzen, daß auch alles wirklich durchgeführt wird. Das ist ein schwerer

Aber der Staat greift an. Das ist sicher. Und so kam eines Tages der Brief in den Ort, der diese dumpfe Stille aufschreckte. Der alles in Flammen setzte, als hätte der Blitz eingeschlagen. Die Regierung als Spottschelkengeldgeberin schickte sich auf eine Regierungsverordnung und die eigenen

# Weltmarktgetreidepreis — Weltmarktlöhne

So betitelt sich ein Artikel, den der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiter-Verbandes durch den „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ verbreiten läßt. Der „Nachrichtendienst“ bemerkt ausdrücklich, daß der Artikel die private Ansicht des Verfassers wiedergibt. Diese Verwarnung wird verständlich, wenn man den Artikel liest und weiß, daß die Gewerkschaftsführer drauf und drax sind, in der Zentralarbeitsgemeinschaft die durch die Brotpreiserhöhung aufs neue bedrohten Arbeiterinteressen zu verteidigen, statt durch Kampf auf breiter Front die Arbeiterklasse vor dem Untergang in Elend und Helotismus zu retten.

Da muß dem Herausgeber des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes“, dem A.D.G.V., die von Schmidt lässlich aufgestellte Forderung nach Weltmarktlöhnen sehr unangenehm sein. Haben die bürgerlichen Parteien, sagt er, die Preise auf die Weltmarktpreise gebracht, schon, so müssen die Arbeiter auch Weltmarktlöhne fordern. Wörtlich schreibt er:

„Man muß diesen harten Tatsachen fest ins Auge blicken und der breiten Masse des Volkes sagen, daß ihr Verlangen, auch den Brotpreis künstlich niedrig zu halten, leider nicht mehr erfüllt werden kann. Die bürgerlichen Parteien wollen die freie Bewirtschaftung des Getreides und das Volk hat sich bei diesen Parteien nun dafür zu bedanken, daß recht bald eine erhebliche Verteuerung des Brotes und der sonst aus Wehl hergestellten Nahrungsmittel erfolgt.“

Nun gilt es aus dieser Haltung der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages die Konsequenzen zu ziehen. Die bürgerlichen Parteien wollen die Weltmarktpreise, demnach sind nunmehr Weltmarktlöhne zu fordern.“

Wir nehmen Herrn Schmidt, den Vorsitzenden des Landarbeiter-Verbandes, beim Wort. Wie hoch stehen heute die Weltmarktlöhne? Nehmen wir das den Weltmarkt heute beherrschende Land, Amerika, zum Maßstab, so müssen die deutschen Löhne und Gehälter im Durchschnitt auf mehr als das Vierfache gesteigert werden. Nehmen wir die englischen Löhne zum Maßstab, dann müssen die deutschen auf fast das Dreifache ihrer jetzigen Höhe gesteigert werden. (Nach den Feststellungen einer amerikanischen Parlamentskommission.) Wenn Schmidt nicht als Schwindler oder Narr gelten will, so weiß er, daß sich diese Weltmarktlöhne nur durchsetzen lassen im schwersten Kampf mit den gerüsteten Unternehmern. Und er muß wissen, daß das ein großer Kampf auf breiter Front sein muß, wenn ein Erfolg erzielt werden soll. Das zeigt auch folgende Stelle aus einem Rundschreiben der Epigenorganisation der Industriellen-Verbände:

„Die Arbeitgeber-Verbände werden in absehbarer Zeit nachgedrungen aus der Defensiv in die Offensive übergehen müssen, wenn es gilt, aus dem Preisabfall (der nur in der Phantazie des Unternehmertums existiert, D. Red.) die für unser Wirtschaftsleben notwendigen Konsequenzen zu ziehen und mit ihm den notwendigen Lohnabfall zu verbinden. Der Lohn ist ja auch nur der Preis für geleistete oder heute oftmals nicht geleistete Arbeit, Lohnabfall und Preisabfall sind also miteinander identisch und auf die Dauer nicht voneinander zu trennen. Die Vorgänge aus dem Sommer vorigen Jahres und vor allem die heutigen Vorgänge im Auslande haben uns zur Genüge gezeigt, daß eine Stabilisierung oder gar ein Abbau der Löhne nicht ohne schwerste Kämpfe vor sich gehen werde. Eine geschlossene Front der Arbeitgeber mit einheitlichen Zielen ist die unbedingte Voraussetzung für den Erfolg.“

Dieser geschlossene Offensivfront des Unternehmertums muß die Arbeiter, Angestellten und untere Beamtenklasse in einer breiten geschlossenen Abwehrfront entgegenreten, wenn sie überhaupt ein Bein auf die Erde bekommen will. Wir rufen die arbeitende Klasse auf, alle Widerstände in ihren eigenen Reihen zu überwinden und eine kampfbereite Einheitsfront herzustellen.

Schmidt aber fordert Weltmarktlöhne. In das für ihn eine agitatorische Forderung, für die Massen der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, für die kleinen Rentner und andere Schichten ist es eine Besessenheit. Sie akzeptieren die Lösung: Weltmarktpreis — Weltmarktlöhne. Der Kampf muß beginnen!

Von besonderem Interesse sind die Ausführungen Schmidts für die Landarbeiter. Die Landarbeiter müssen hören, daß ihr Vorsitzender Weltmarktlöhne — für notwendig hält. Die Landarbeiter müssen kämpfen um die Weltmarktlöhne auch für die Landarbeit. Die Landarbeiter müssen den Widerstand der Vorgesetzten durch den Streik brechen. Die Landarbeiter aber werden wissen, daß es Schwindler sind, die ihnen Vorschläge machen, wenn sie dann ihre Forderungen durchsetzen wollen, wenn ihre Arbeitskraft nicht zu entbehren ist, nämlich jetzt, in der Ernte.

## Aus der Provinz

Auscheiden! Allen Ortsgruppen zur Beachtung! Aufheben! Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung ist zu beachten, daß alle Briefsendungen für die Bezirksleitung Schlesien und Geldsendungen per Postanweisung für die Bezirksleitung zu senden sind an Bernhard Gruschwitz Breslau, Sadomstraße 38 IV.

Geldsendungen per Postanweisung für die Bezirksleitung an Postkontos Nr. 34128 Schneidermeister Paul Chrobot, Breslau. Briefsendungen für die Bezirksleitung an an Kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbigerstraße 45.

Geldsendungen für rote Hilfe an Postkontos: Rudolf Bette, Breslau, Nr. 33593, Bucherei.

Geldsendungen für „Schlesische Arbeiterzeitung“ an Postkontos Nr. 23893, Exp.-Verlag, a.B.M.H., Breslau.

## Krautjunker gegen Kub'and

Die „Schlesische Zeitung“, das Organ der offenen Sozialrevolution, tritt über die gewiß nicht allzu fremde Verantwortlichkeit der deutschen Bourgeoisie, die durch Gerhart Hauptmann zum Ausdruck kam mit folgendem:

„Gegen Maxim Gorki's Kritik und die kritikallos eiferige Mithildigung Gerhart Hauptmanns wendet sich auch in der „Tag Rundschau“ eine Zeitschrift, der wir folgende Sätze entnehmen: „Maxim Gorki, dieser vernünftige Geist, welcher von jeher das Gift einer gefährlichen Weltanschauung in die Welt getragen hat und dem die Sozialregierung gerade durch einen furchtbaren Palast eingeräumt, verzieht mit der gottvergeßlichen Torheit des deutschen Volkes zu rufen. Er weiß, daß kein Dissen Brot, von dem was sich das deutsche

am Munde absparen würde, dem armen russischen Volke zu gute käme, sondern daß die Peiniger dieses armen russischen Volkes, die Sowjetgewaltigen, alles für sich nehmen würden. Aber er baut darauf, daß das deutsche Volk die Niederträchtigkeit der bolschewistischen Pläne nicht verstehen kann, weil es dafür allzu ehrlich ist. Schon hat Gerhart Hauptmann mit eifriger Bereitwilligkeit Maxim Gorki geantwortet. Von Gerhart Hauptmann als Dichter zu reden, ist hier nicht die Stelle, obgleich gesagt werden muß, daß auch in seinem ganzen Werk kein Charakter dargestellt wurde, an dem sich ein Volk in schwerer Not aufzurichten konnte. Wenn Gerhart Hauptmann aber im Namen des deutschen Volkes den Verbrechern in Moskau antwortet und wenn er dadurch, daß er den Peinigern des russischen Volkes die Hand reicht, für die Zukunft den Deutschen dem Russen verhaßt und verachtet macht, dann muß dem Dichter Gerhart Hauptmann, der zum politischen Dilettanten wird, gesagt werden, daß er sich besser auf das Werk seiner Feder beschränken möge.“

Ohne Gerhart Hauptmann und das ihm zustimmende Bürgerium zu verteidigen, können wir doch die Gemeinheit und die blinde Idiotie der Proklamation der „Schles. Ztg.“ und ihre Geldgeber, der „Anker“, verstehen. Diese Raubritter und Skavenhalter sollen lieber das durch Wehrkraft und den Bürgerkrieg der weissen Generale gerüttelte russische Volk sterben lassen, als daß sie auch nur das Geringste zur Verringerung der Not tun. Die gemeine und niederträchtige Behauptung, daß die Sowjetbehörden die ganzen Lebensmittel aufheben würden, ist so lausdägen, daß sie den Spiegel der Schandhaftigkeit darstellt.

Die russische Regierung hat ausdrücklich ein Komitee aus Anhängern aller Parteien und Berufsständen gebildet, um eine gerechte und zweckmäßige Verteilung der Nahrungsmittel zu gewährleisten.

Die internationale Arbeiterkraft wird trotz der gemeinen Entbotlage der deutschen Arbeiter Mittel und Wege finden, dem bedrückten proletarischen Staat zu helfen.

In der Arbeiterkraft liegt es, sofort und intensiv alle Kräfte in dieser Beziehung anzuspannen.

## Ein schlafertiger Gutsbesitzer

Der Vater eines unserer Genossen ist auf dem Gute Hübel bei Breslau in der Gutsfabrik als Kutser schon jahrelang beschäftigt. Der Sohn wachte Vater anstandslos das Recht, bei seinem Vater zu wohnen. In den letzten Wochen begann sich unter dem Einfluß eines beim Kapp-Putsch erlangten Vorkenntnisses ein Anarchismus in der Gutsfabrik zu entwickeln. Dieser Genosse vor allem als arbeitslos entlassen wurde, nach einigen Tagen aber schon nicht mehr arbeiten konnte, weil er sich in der Wohnung seines Vaters auf. Der Gutsbesitzer kann aber nicht leiden, wenn ein junger Mann in der Werkstatt arbeitet. Er verbot seinem Genossen seinen Hof. Das unser Genosse sich nicht davon hat, griff der Gutsbesitzer zu. Er wertete mit seinem Sohn in die Gutsfabrik seiner Kutserstelle und seiner Wohnung zu.

Aus diesem Beispiel kann man sehen, wie die Hungerknechtzeit leicht in unmittelbarer Nähe der Gutsfabrik die tollsten Blüten treibt.

Die Arbeiter bei dem Gutsbesitzer sind vogelfrei. Sie prägen wie im Mittelalter die Kinder ihrer Arbeiter. Die Landarbeiter können nicht genug gegen diese brutalen Menschen verfahren.

## Wirtschaftliches

### Vertretung als verfehlter Bankrott.

Woll die Kapitalkonzentration, die Vertretung in Deutschland sich heute in einem noch rasenderen Tempo vollzieht als in der Zeit vor dem Kriege, glauben viele, darunter auch manche unserer Genossen, daß der Kapitalismus sich neu aufbaue, sich konsolidiere. Die so denken, sehen nicht, daß die Vertretung, die vor dem Kriege, als der deutsche Imperialismus noch in Blüte stand, gewiß ein Zeichen seiner überströmenden Kraft war, heute nur ein Symptom seines unaufhaltsamen Zerfalls geworden ist, ein Versuch des Unternehmertums, seinen Profit trotz aller Kriegsverluste zu erhalten.

Daß die Vertretung in Wirklichkeit ein Anzeichen des kapitalistischen Zerfalls ist, das zeigt eine Nachricht, die in diesen Tagen durch die bürgerliche Presse über die Verbindung der zweitgrößten deutschen Waffenfabrik vor dem Kriege, der Rheinischen Metallwerke- und Maschinenfabrik A.G. in Düsseldorf, mit der A.G. und den mit dieser vertriebenen Linke-Hofmann-Werken geht. Außerdem soll eine Verbindung dieses neuen Trustes mit Krupp angebahnt werden, der mit 45 Prozent des Aktienkapitals von Rhein-Metall bereits früher Großaktionär dieser Fabrik war. Endlich ist an dieser Vertretung die Firma Otto Wolff, eine Großhandelsfirma für Kohle und Eisenwaren, die mit holländischem Kapital in Verbindung steht, beteiligt.

Seufzerlich kommt also ein Trust zustande, an dem die größten deutschen Industrieunternehmungen wie die A.G. und Krupp teil haben. Geplant ist vor allem eine Vertretung des Lokomotivbaues, welchen Fabrikationszweig Rhein-Metall nach dem Kriegseinstieg übernommen hat und der auch Gegenstand der Linke-Hofmann-Unternehmungen ist. Die Leistungsfähigkeit des neuen Konzerns wird in Zukunft auf etwa 1200 Lokomotiven im Jahre geschätzt; er soll die Leistungsfähigkeit auf dem Kontinent werden.

Dieser äußere Anchein eines gewaltigen neuen Trustunternehmens kann aber eine tiefgehende Zerrüttung nicht verhehlen. Rhein-Metall, das im Kriege erweitert worden war und glänzend verdient hat, nachdem es vor 1914 infolge der übermächtigen Konkurrenz von Krupp nie auf einen grünen Zweig hatte kommen können, ist durch den Friedensschluß in seinen finanziellen und fabrikatorischen Grundlagen schwer erschüttert worden. Es stand dauernd vor dem Bankrott, fortgesetzte Kapitalerhöhungen konnten der Gesellschaft über diese Schwierigkeiten nicht hinweghelfen, obwohl erst 1920 das Aktienkapital von etwa dreizehnhalb Millionen auf fünfundsiebenzig Millionen Mark erhöht worden war. Jetzt soll in Verbindung mit der Vertretung eine Kapitalerhöhung von nicht weniger als 5 Millionen auf 120 Millionen durchgeführt werden, gleichzeitig ist bereits eine weitere Erhöhung um 60 Millionen für die nächste Zukunft bereits grundsätzlich beschlossen. Diese Kapitalerhöhung von einem Ausmaße, wie sie selbst in dem verwässerten deutschen Kapitalismus der Nachkriegszeit ungewöhnlich sind, dient nicht etwa zur Beschaffung neuer Produktionsmittel, zu einer wirklichen Erweiterung der Produktionsgrundlagen der Fabrik, sondern allein zur Abtragung der aufgelaufenen Bankschulden. Ein Beweis mehr für den vollkommenen Zusammenbruch von Rhein-Metall. Diesen Zusammenbruch abzuwenden, war Krupp allein nicht

mehr stark genug, auch dieses vor dem Kriege größte schwerindustrielle Unternehmen Europas ist durch den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus in seinen Grundfesten erschüttert. Krupp, der Großaktionär von Rhein-Metall, mußte sich, wie die „Vossische Zeitung“ bei der Besprechung dieser Vertretung betreibt feststellen muß, nach Partnern umsehen, wenn er nicht in den Bankrott von Rhein-Metall mit hineingerissen werden wollte. Er fand Unterstützung bei der A.G. und bei Linke-Hofmann.

So zeigt sich hier nicht allein die Schwäche von Rhein-Metall, dem die Umstellung auf die Friedensarbeit nicht gelungen ist, sondern es zeigt sich, daß mit dem Wegfall der Kriegsnachfrage durch das Reich auch Krupp schwer getroffen ist.

Die Konkurrenten von Stinnes schließen sich zusammen, aber es ist nur mehr noch ein Zusammenschluß des Zusammenbruchs. Der deutsche Imperialismus ist dahin. Das kapitalistische Deutschland, das seine Machtgrundlagen verloren hat, kann durch seine Außenpolitik den schwerindustriellen Werken keine neuen Absatzgebiete in der Welt mehr eröffnen.

Das neue Trustgebilde trägt das Zeichen des Todes auf seiner Stirn, ehe es recht zum Leben erwacht.

## Göttliche Weltordnung

Tiger, Fürsten, Wäse Leuen,  
Gütige Seeligen, Pfaffen, Vären —  
Gott erschuf sie, sich zu freuen  
Und die anderen zu verzehren.

Ach, wie prächtig, Gott ist gütig und allmächtig!

Reich den Vaterlandskrieger!  
Horch, wie die Geschütze dröhnen!  
Horch, wie die Trompeten schmettern!  
Horch, wie die Getroffenen stöhnen!  
Ach, wie prächtig, Gott ist gütig und allmächtig!

Räder rasseln, Ruten sprächen,  
Ach, der Arme muß sich plagen.  
Und der Lohn für seine Mühen?  
Schlechte Wohnung, leerer Magen.  
Ach, wie prächtig, Gott ist gütig und allmächtig!

Für die Herren, für die Reichen,  
In den dunklen Arbeitsstätten  
Müssen sich die armen, Kleinen  
Künder fast zu Tode quälen.  
Ach, wie prächtig, Gott ist gütig und allmächtig!

Siebst du dort mit froher Stirne  
Freudenmüchsel jedem winken?  
Nur die Not macht sie zur Pirne,  
Und das Elend ließ sie sinken.  
Ach, wie prächtig, Gott ist gütig und allmächtig!

Sieh die herrlichen Paläste,  
Sieh der Armut finstere Gassen!  
Kellern sie dort frohe Feste,  
Wird hier bittere Not geklennen.  
Ach, wie prächtig, Gott ist gütig und allmächtig!

Michael Schmidt.

Berantw. Red.: Fritz Sommerfeld, Berlin. — Verlag Soc.-Verl., e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Felix Wolf, GmbH., Berlin S 14.

## Ähnliche Bekanntmachung.

Auf Grund der Anordnung des Preussischen Ministers für Volkswirtschaft betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinserhöhungen vom 19. Dezember 1919 (Preussische Gesetzsammlung Nr. 53 S. 187) setzen wir die laut Bekanntmachung vom 23. März 1921 durch Beschluß des Sachverständigenausschusses des Bezirksamtes vom 12. März 1921 festgesetzte Höchstgrenze für Mietzinserhöhungen anderweit für Wohnungen auf 50 Prozent, für andere Mieträume auf 60 Prozent des Mietpreises vom 1. Juli 1914 einschließlich der gemeinüblichen Leistungen an Wasser, Gas- und Treppenbeleuchtung fest. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft, jedoch werden laufende Verträge vor dem Abänderungsbeschlusse nicht berührt. Breslau, am 28. Juli 1921.

Der Magistrat.

Dr. Trentin.

Sahn.

## Leberflecke

Burgen verschwinden radikal für immer unter Garantie. Sommerproben, alle Gesichtsunreinheiten. Kostum ganz loslos, nur höchstmale erwünscht.

Frau Kürzner,

Canoco, Lüneburger 66.

Soeben erschienen!

## Offene Reine

alle böse, Geschwüre, Flechten, Krätze, Hautjucken gebe Auslauf über Peilung ganz umsonst, nur Rückmarke erwünscht.

Roland,

Heiligenstadt (E. Asselb.) S 231

Soeben erschienen!

D. W. Kunzinen.

## Die Revolution in Finnland.

Preis 2 Mk. Zu beziehen durch: Preis 2 Mk.

Kommunistische Bucherei Breslau V., Gräbigerstraße 45.

Wir empfehlen:

## Sült's Ermordung.

Tafelchen, gesammelt v. Bezirksverband Berlin-Brandenburg der D.A.P. Sült als Berufscolleg von Liebloß. Einleitung von Friesland. Mit 4 Bildern.

Preis 1,25 Mark.

## Kommunistische Bucherei

Breslau 5, Gräbigerstraße 45.